
KREISRUNDBRIEF

03-2021

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
LANDKREIS MÜNCHEN

**KLIMASCHUTZ.
ALLES IST DRIN.**



03–2021

KLIMASCHUTZ. ALLES IST DRIN.



- | | | | |
|----|---|----|---|
| 3 | Editorial | 14 | Verlorene Jahre bringen
Markus Söder in Bedrängnis
<i>Bayerns Klimabilanz</i> |
| 4 | Einladungen zu den nächsten
Kreisversammlungen | 16 | Klimaschutz mit grünem
Verkehrswendeministerium!
<i>Aus dem Landtag</i> |
| 5 | Bericht von der BDK | 17 | Klimaschutz im
Landkreis München
<i>Daten und Fakten</i> |
| 6 | Klima retten, Arten erhalten –
Mut zum Wandel!
<i>Aus dem Bundestag</i> | 18 | Aus dem Kreistag |
| 8 | Für eine echte Klimapolitik
<i>Gastbeitrag von Annalena Baerbock</i> | 22 | 5 Fragen an
<i>Christine Squarra und Bernhard Schüssler</i> |
| 12 | Warum mehr Geschlechter-
gerechtigkeit auch im Kampf
gegen die Klimakrise hilft | 24 | Meldungen |
| 13 | Bundesverfassungsgericht
stärkt Klimaschutz | 31 | Impressum |

FÜR DEN VORSTAND



Konsequenter Klimaschutz ja oder nein, das ist die Entscheidung über unsere künftige Lebensqualität und unsere Zukunft. Wir haben in jüngster Zeit die Vorboten der drohenden Erdüberhitzung schon gespürt: Hitzesommer, Dürre, Unwetter und Überflutungen. Immer mehr Menschen engagieren sich erfreulicherweise für Klimaschutz, auch bei uns vor Ort bei den Landkreis-Grünen: Wir gehen auf die 750 Mitglieder zu!

Obwohl die politischen Debatten über die Klimakrise, über CO₂-Minderungsziele und die richtigen Maßnahmen allgegenwärtig sind, ist die Dringlichkeit bei vielen Akteuren noch nicht angekommen. Ein Beispiel bei uns: Im Würmtal tobt der Streit um Forst Kasten. Er gehört einer städtischen Münchner Stiftung, für die wirtschaftliche Gründe offenbar mehr zählen als das Klima. Die Regierung von Oberbayern hat den Stadträt*innen gedroht, dass sie mit ihrem Privatvermögen haften und sie damit gezwungen, der Rodung und dem Kiesabbau aus juristischen Gründen zuzustimmen, obwohl Forst Kasten ein vierfach geschütztes Gebiet ist! Unser Appell an die Stiftung und die Bezirksregierung: Denkt nochmal nach! Wir kämpfen weiter dafür, dass dieser CO₂-Speicher und das Naherholungsgebiet erhalten bleiben!

Umso deutlicher ist die klare Ansage aus Karlsruhe: Das Bundesverfassungsgericht hat kürzlich festgestellt, dass das Klimaschutzgesetz der GroKo in Berlin viel zu kurz greift. Zu wenig Emissionsminderung vor 2030 verletze heute schon die Freiheitsrechte der jüngeren Generation. Was dieser Erfolg juristisch bedeutet, könnt ihr im Gastbeitrag des grünen Juristen Ulrich Gensch nachlesen.

In diesem Heft steht der Klimaschutz im Mittelpunkt. Wir freuen uns besonders, dass unsere Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock einen Artikel beigesteuert hat. Wir gehen nun mit großen Schritten auf die Bundestagswahl zu und es ist klar: Wir müssen unser Land und unseren Landkreis auf die Pariser Klimaziele und Klimaneutralität ausrichten. Sei dabei und kämpfe bis zum 26. September mit uns, dass wir GRÜNE stark wie nie werden! Wir haben ein überzeugendes Wahlprogramm und mit Toni Hofreiter einen starken Kandidaten bei uns um Landkreis. Alles ist drin!

Sasine Volkmann

Kreisversammlungen Juli und September

Die Kreisversammlungen im Juli und September stehen ganz im Zeichen der Bundestagswahl. Deshalb werden es nicht die üblichen Mitglie-

derversammlungen sein, sondern wir wollen nach außen wirken!

MITTWOCH, 7.07.2021, 19:30 UHR „KLIMA SCHÜTZEN, ARTEN RETTEN“ MIT TONI HOFREITER

Öffentliche Online-Veranstaltung (GoToMeeting)



Foto: Bea Bode

Die Klimakrise und das Artensterben sind die beiden größten ökologischen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht. Unser Bundestagsabgeordneter aus dem Landkreis Toni Hofreiter ist Biologe und war vor seiner politischen Laufbahn Artenvielfalts-Forscher. Er erklärt uns die Zusammenhänge und was wir tun müssen, um unsere Lebensgrundlagen auf der Erde zu erhalten.

Diese Veranstaltung werden wir öffentlich bewerben, sie ist quasi der Einstieg in den Wahlkampf mit unserem Direktkandidaten im Bundestagswahlkreis München-Land.

MITTWOCH, 15.09. ODER 22.09.2021 WAHLKAMPFHÖHEPUNKT MIT TONI HOFREITER

Der Termin der Kreisversammlung im September fällt in die ganz heiße Phase des Bundestagswahlkampfes. Wir wollen daraus am 15.09. oder 22.09. einen Höhepunkt des Wahlkampfes

mit unserem Direktkandidaten Toni Hofreiter machen. Auf der Webseite des Kreisverbands www.gruene-ml.de halten wir Euch auf dem Laufenden.

In den **Sommerferien** im August findet wie immer keine Kreisversammlung statt. Ein wichtiges Datum ist der 15.08.2021, dann sind es noch sechs Wochen bis zur Wahl, es darf plakatiert werden. Und ab dem 15.08. beginnen die Gemeinden, die Wahlbenachrichtigungen

zu verschicken – die Briefwahl beginnt! Dann heißt es in allen 29 Kommunen im Landkreis für uns GRÜNE sechs Wochen lang öffentlich aktiv zu sein, bis zum fulminanten Schlusspunkt in den letzten drei Tagen vor der Wahl!

Das war die #dBDK21

Foto: Nils Leon Brauer

Von Dominik Dommer

Am Wochenende 11.-13.06. fand die 46. Bundesdelegiertenkonferenz statt. Zum 2. Mal wurde sie digital abgehalten. Man merkte, dass sich vieles gut eingespielt hat und dass das Rahmenprogramm gut gewählt wurde. Trotzdem fehlten die gemeinsame Anfahrt und das gemeinsame Diskutieren und Feiern vor Ort. All die Emotionen, die sonst



eine BDK ausmachen. Wir Delegierte haben uns aber gut vernetzt und untereinander stets ausgetauscht. Vorab-Informationen erhielten wir in einem Webinar mit Jamila Schäfer und



einige fleißige Delegierte hatten schon die wichtigsten Änderungsanträge rausgesucht. Wir stimmten ab über Elternzeitmodelle, Prostitution, kürzerer Arbeitszeit, Mindestlohn, Abschaffung von Kryptowährungen, der Einführung eines allgemeinen sozialen Pflichtjahres und noch viel mehr Themen. Wir lauschten u.a. der Rede von Robert Habeck über die Freiheit und Annalena Baerbocks Rede über die Zukunft



unsere Kinder. Wir sind motiviert für unsere Kanzlerkandidatin in den Wahlkampf zu starten. Nach 3 Tagen vor dem Computer waren wir froh, dass die Sonne am Sonntag immer noch schien.



AUS DEM BUNDESTAG

Klima retten, Arten erhalten – Mut zum Wandel!

Von Dr. Anton Hofreiter

Wir haben keinen Planeten B.“ – der vielzitierte Spruch fordert uns auf, eine Politik zu machen, die die planetarischen Grenzen der Erde berücksichtigt und unsere Lebensgrundlagen erhält. Die Erde muss nicht gerettet werden, sie hat schon ganz andere Krisen überstanden. Sondern es geht um uns, um das Überleben der Menschheit und um intakte Ökosysteme, auf die wir angewiesen sind. Die Klimakrise und das Artensterben hängen zusammen. Sie sind die beiden größten weltweiten ökologischen Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Nach Schätzungen sterben gegenwärtig auf der Erde etwa 30.000 Arten pro Jahr aus. Wir stehen an der Schwelle zur sechsten Aussterbekatastrophe. In der fünften sind vor 65 Mio. Jahren die Dinosaurier ausgestorben. Sie hatten 135 Mio. Jahre lang die Erde bevölkert und ihre Existenz wurde durch die Folgen eines gewaltigen Meteoriteneinschlags ausgelöscht. In der Folgezeit sind auf der Erde die ökologischen

Nischen für Vögel und Säugetiere entstanden. Und da sind wir nun. Der Unterschied zu den vorangegangenen Massensterben ist: Dieses Mal ist es vom Menschen verursacht.

Unser Zeitalter wird auch Anthropozän genannt, weil der Mensch zum bestimmenden Einflussfaktor auf der Erde geworden ist. Das heißt aber auch, dass wir die Möglichkeit haben, einzugreifen und die Zustände zu verbessern. Wir haben alles Wissen, wir kennen die Zusammenhänge – genau das treibt uns an, wir wollen erhalten, was uns erhält. Was Klimaschutz und Artenvielfalt angeht, sind wir GRÜNE die einzige Partei, die wirklich bereit ist, ernst zu machen.

Ursachen für das Artensterben

Die Hauptursachen für das Artensterben heute sind: die Agrarindustrie, die konventionelle Forstwirtschaft, die Rohstoffgewinnung sowie Umweltverschmutzung und die Vermüllung

der Erde. Natürlich auch der Flächenversiegelung und der Verkehrswegebau, denn die Zerschneidung von Ökosystemen wirkt sich ganz erheblich auf die ansässigen Populationen aus. Bei der Agrarindustrie sind es vor allem die ausgeräumten Landschaften, der Pestizideinsatz und die großen Mengen an Dünger. Und wo viele Bäume stehen, ist noch lange kein Wald. Große Teile, wo laut Statistik unser Land als bewaldet gezählt wird, sind Fichten- oder Kiefernplantagen, die mit einem natürlichen europäischen Wald so viel zu tun haben wie eine Palmölplantage mit Regenwald. An dieser Stelle seien auch die Meere genannt, denn wir deponieren das Kohlendioxid nicht nur in der Atmosphäre, sondern auch in den Ozeanen, ganz zu schweigen von Plastik und Chemikalien. Die Versauerung und Erwärmung der Meere beeinträchtigt das ökologische Gleichgewicht und führt zum Absterben von artenreichen Korallenriffen. Wir wollen und wir müssen das ändern – und wir können es auch!

Arten retten durch Ökolandbau und Meeresschutz

Die grüne Landwirtschaft arbeitet mit der Natur statt gegen sie. Wir wollen den Ökolandbau so fördern, dass er den Sprung aus der Nische schafft und eine giftfreie Landwirtschaft vorherrscht. Zwingend nötig ist, dass die milliarden schweren Agrar-Subventionen anders verteilt werden, weg von der Förderung nach Flächengröße, hin zu dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“. Die Leistung besteht dann eben darin, dass qualitativ gedacht wird und Tierschutz, Artenschutz und Naturerhaltung honoriert werden. Auch die Düngemengen und die Tierzahlen müssen sinken, um Wasser und Böden zu schonen. Durch Biotopverbundsysteme können wir auch in unserer zersiedelten Landschaft dafür sorgen, dass Lebensräume für Wildtiere und Pflanzen durchgängig werden, das ist besonders wichtig für den Artenerhalt.

Die ökologische Herausforderung ist heute so groß, dass wir über die eigenen Grenzen hinaus wirken müssen. Wir können Importe von Lebensmitteln, Futtermitteln und Grundstoffen, die auf Entwaldung, Ressourcen-Übernutzung und auf Menschenrechtsverletzungen zurückgehen, nicht länger hinnehmen. Deshalb setzen wir uns für ein starkes Lieferkettengesetz ein. Das Gesetz, das die GroKo zum Ende der Wahlperiode herausgewürgt hat, reicht nicht!

Immer mitzudenken sind auch die Meeres-Ökosysteme, die durch die Klimakrise und das menschliche Treiben mit Überfischung, Verschmutzung durch Chemikalien und Öl und Vermüllung mit Plastik beschädigt oder gar zerstört werden. Um diese Probleme zu lösen, sind wir auf internationale Zusammenarbeit angewiesen – für großflächige Meeresschutzgebiete, nachhaltige Fischerei und funktionierende Recycling- und Entsorgungssysteme in allen Ländern. Nicht zuletzt deshalb ist für uns die Stärkung der internationalen Organisationen und ihre Ausrichtung auf Klima- und Umweltschutz extrem wichtig.

Drei große Wenden, ein Ziel

Die drei großen Wenden – Agrarwende, Energiewende und Mobilitätswende – dienen alle dem Ziel, die Klimakrise und die Artenkrise in den Griff zu bekommen. Mit welchem Ernst die Politik in Deutschland den sozial-ökologischen Umbau angeht, hat herausragende internationale Bedeutung. Mein Wahlkreis, der Landkreis München, hat als einer der wohlhabendsten Landkreise eine besondere Verantwortung. Lasst uns zusammen zeigen, dass wir bereit sind zu führen und zu gestalten – für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen!



Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender der GRÜNEN im Bundestag
Unterhaching



Für eine echte Klimapolitik

Von Annalena Baerbock

Vor fünfeinhalb Jahren hat sich die Weltgemeinschaft in Paris auf ambitionierte Klimaziele verständigt. Ein historischer, ein bewegender Moment, als die Weltgemeinschaft sich darauf verständigt hat, die Erderhitzung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad, zu begrenzen. Trotz aller Rückschläge ist dieser Kurs unumkehrbar – auch in der Wirtschaft. Gerade für große Teile der deutschen Industrie ist Paris fester Bestandteil der Strategien geworden. Allein 25 der 30 größten Verschmutzer haben ambitioniertere Klimaziele formuliert als die Bundesregierung. Sie wissen: Die Märkte der Zukunft sind klimaneutral, und es ist nicht zu viel, sondern zu wenig Klimapolitik, die unseren Industriestandort, unsere Innovationskraft und damit auch unseren Wohlstand gefährdet.

Um die Klimaziele umzusetzen, braucht es aber eine Politik, die will, die führt und verlässlich steuert. Nicht weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern weil die Wirtschaft klare Verhältnisse und verlässliche politische Rahmenbedingungen braucht. Nur dann haben Unternehmen Planungssicherheit, können ihre Produktionen und Dienstleistungen auf Klimaneutralität ausrichten und werden in klimaneutrale Geschäftsmodelle investieren.

Systemisches Denken, Strukturierung industrieller Kreisläufe, Innovationskraft, Anwendungsorientierung – auf diesen Feldern ist die deutsche Industrie stark. Der Mittelstand und der Maschinenbau sind die weltweit führenden Treiber von Umwelttechnologien. Damit das so

bleibt, braucht es einen Wettbewerb um die besten Lösungen und die besten Technologien. Gerade jetzt muss der Staat Innovationen vorantreiben: durch ordnungsrechtliche Leitplanken, durch Forschungsförderung und durch Investitionen in die Entwicklung bahnbrechender Technologien. Der europäische Green Deal ist die Chance, Europa zum Leitmarkt für Grüne Zukunftstechnologien mit globalem Wachstumspotenzial zu machen.

Für einige Branchen und Prozesse liegen umsetzungsreife Pläne auf dem Tisch. So lässt sich Stahl mit grünem Wasserstoff in Direktreduktionsanlagen herstellen – ohne klimaschädliche Kohle. Sinn macht diese riesige Investition aber nur, wenn der Strom dafür grün ist. Zu Recht drängt die Wirtschaft daher auf den massiven Ausbau der Erneuerbaren und der Netze. Rechnen tut sich das Ganze erst, wenn der Emissionshandel solche Investitionen attraktiv macht, anstatt sie wie derzeit zu benachteiligen. Auch der deutsche Maschinen- und Anlagenbau kann durch den Einsatz grüner Technologien eine Schlüsselrolle bei der Reduzierung des globalen Treibhausgas-Ausstoßes einnehmen. Wenn Maschinenhersteller weltweit ihren Kunden aus der Industrie grüne Technologien anbieten, lassen sich bis zu 86% der globalen industriellen Emissionen einsparen.

Ohne eine Stärkung digitaler Technologien wird weder eine strategische europäische Wettbewerbsfähigkeit möglich sein noch die sozial-ökologische Transformation. Allerdings wurde die ausreichende Digitalisierung in



Deutschland seit Jahren durch politisches Nichthandeln verhindert. Dabei ist sie essentiell für mehr Ressourceneffizienz und Minimierung von Transportwegen.

Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Nachschärfung der Klimaziele ist ein wichtiges Zeichen. Es darf nicht nur reine Zielverschärfungen geben – die zwar richtig und wichtig sind – sondern es braucht auch konkrete Maßnahmen zur Umsetzung. Denn gute Politik bemisst sich nicht an Papier und abstrakten Zielen, sondern an der Realität und konkreten Maßnahmen. Deshalb schlagen wir vor, einen CO₂-Preis mit echter klimapolitischer Lenkungswirkung auf den Weg zu bringen, den Kohleausstieg bis 2030 umzusetzen und den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen. Denn ohne den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien sind Klimaziele nichts.

So vieles ist möglich, so vieles machbar.

Aber so, wie es in den 1950er Jahren eine mutige politische Entscheidung brauchte, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft für Kohle und Stahl auf den Weg zu bringen, braucht es jetzt politische Entschiedenheit und Tatkraft – damit wir ein neues Kapitel für die deutsche Wirtschaft aufschlagen: Zeit, es besser zu machen. Machen wir aus der Marke Made in Germany die Marke Made in a Green and Innovative Europe.



Annalena Baerbock

Kanzler*inkandidatin

Bundesvorsitzende der GRÜNEN

Annalena Baerbock

Werdegang unserer Kanzlerkandidatin

Politisches

- Parteivorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (seit 2018)
- Nach der Bundestagswahl 2017 Mitglied des Sondierungsteams von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Sondierungen mit CDU/CSU und FDP, Koordinatorin der Sondierungsgruppe Europa, Mitglied der Sondierungsgruppe Klima, Energie, Umwelt und Landwirtschaft, Verbraucherschutz
- Mitglied des Deutschen Bundestages (seit 2013)
- Mitglied des Parteirats von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2012-2015)
- Parteivorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg (2009-2013)
- Vorstandsmitglied der Europäischen Grünen Partei (2009-2012)
- Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Europa (2008-2013)

Ausbildung & Beruf

- Doktorandin des Völkerrechts, Freie Universität Berlin, Promotion nicht abgeschlossen
- Referentin für Außen- und Sicherheitspolitik der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2008-2009)
- Büroleiterin von Elisabeth Schroedter, Europaabgeordnete (2005-2008)
- Trainee des British Institute of Comparative and Public International Law (2005)
- Masterstudium an der London School of Economics (LSE): Public International Law (2004-2005). Abschluss: Master of Laws (LL.M.)
- Freie Mitarbeiterin bei der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (2000-2003)
- Studium an der Universität Hamburg 2000-2004: Politische Wissenschaft (Vordiplom), Nebenfach: Öffentliches Recht

Warum mehr Geschlechtergerechtigkeit auch im Kampf gegen die Klimakrise hilft

Von Lisa Badum



Hauptverursacher der Erderhitzung sind große Unternehmen der Kohle-, Gas-, Öl- und Betonindustrie. Sie pushten 60% des CO₂ in die Luft. Das reichste 1 % hat zwischen 1990 und 2015 mehr als doppelt so viel CO₂ ausgestoßen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.

Am meisten leiden Menschen im Globalen Süden, vor allem Frauen und Kinder. Sie sind in ländlichen Gebieten meist für das Wasserholen zuständig und daher abhängig von der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen und funktionierender Ökosysteme. Längere Wege für Wasser und Nahrung sind gefährlich und schließen noch mehr von Bildungsmöglichkeiten aus.

Als Teil des Globalen Nordens tragen wir alle einen Emissionsrucksack mit uns herum, Männer wie Frauen. Aber auch in Deutschland sind Frauen und Alte in lärmbelasteten und luftverschmutzten Gebieten überrepräsentiert und somit stärker belastet. Auf der anderen Seite profitieren Männer stärker von fossilen Subventionen, z.B. beim Dienstwagenprivileg.

Verkehrspolitik in Deutschland muss Mobilitätspolitik werden, klima- und geschlechtergerechter. Bisher lag der Fokus auf der Beschleunigung des Verkehrs über weite und Pendelstrecken. Dies entspricht den Bedürfnissen des klassischen vollzeitbeschäftigten männlichen Arbeitnehmers. Der ÖPNV, Fuß- und Radverkehr ist dem Autoverkehr untergeordnet. Das trifft besonders Frauen – aber auch Menschen mit niedrigem Einkommen, Mobilitätseinschränkungen, Senior*innen.

Was muss geschehen? Wir brauchen einen Verkehrshaushalt, der Geld in Mobilität für Alle steckt statt für Wenige. Die Entfernungspauschale muss durch ein soziales, geschlechtergerechtes, umwelt- und klimafreundliches Modell ersetzt werden. Statt in Straßen wollen wir in Schiene und ÖPNV investieren. Denn es ist klar: Frauen sind stärker von der Klimakrise betroffen, aber ihr Empowerment ist gleichzeitig der Game-Changer für mehr Klimaschutz.



Lisa Badum
Sprecherin für Klimapolitik
Bundestagsabgeordnete

Bundesverfassungsgericht stärkt Klimaschutz

Von Ulrich Gensch

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mit Beschluss vom 24. März 2021 den Schutz des Klimas deutlich gestärkt. Es betont, dass der Staat verpflichtet ist, das Klima aktiv zu schützen. Das rot-schwarze Klimaschutzgesetz muss bis Ende 2022 nachgebessert werden.

Das BVerfG konnte sich damit befassen, weil etliche Klimaschutz-AktivistInnen - die prominenteste ist Luisa Neubauer - Verfassungsbeschwerden eingereicht hatten. Um die weltweiten Auswirkungen der Erdüberhitzung deutlich aufzuzeigen, waren unter den Beschwerdeführer*innen zwei Personen, die in Nepal und in Bangladesh leben. Vergleichbare Klimaklagen waren zuvor in anderen Ländern - teilweise ebenfalls erfolgreich - durchgeführt worden.

Zwar hat das BVerfG die Verfassungsbeschwerden zu großen Teilen zurückgewiesen - aber die anderen Aspekte dieses Beschlusses bedeuten einen epochalen Erfolg für die Umweltschutzbewegung. In Artikel 20a Grundgesetz heißt es: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen...“. Daraus ergibt sich die Pflicht, zum Klimaschutz beizutragen. Das BVerfG betont nun ganz deutlich, dass dabei auch die Rechte der in der Zukunft lebenden Menschen entscheidend berücksichtigt werden müssen. Wenn jetzt und in den kommenden zehn Jahren nicht sehr wirksame Maßnahmen zur CO₂-Einsparung unternommen werden, wird der Klimawandel fortschreiten und es wird nicht zu verhindern sein, dass dann noch stärkere Eingriffe notwendig werden. Bei der Abwägung über die Zumutbarkeit von

Klimaschutzmaßnahmen darf die Bundestagsmehrheit nicht ausschließlich die Interessen der Menschen, die im Jahr 2021 leben, im Blick haben. Wichtig ist auch die intertemporale Gerechtigkeit.

Dieser Beschluss des BVerfG ist schon deshalb eine lohnende Lektüre, da das Gericht darin zunächst die tatsächlichen Grundlagen des Klimawandels und der Klimaschutzpolitik zusammenfasst. Es liefert somit ein knappes und präzise formuliertes Kompendium des derzeit wichtigsten politischen Themas. Nicht nur - aber auch - zur Wahlkampfschulung lohnt es, dies unter www.bverfg.de nachzulesen.

Diese Entscheidung aus Karlsruhe wird in den kommenden Jahren und sogar Jahrzehnten große Bedeutung entfalten. Sie ist die Grundlage dafür, dass ab jetzt die Bundesgesetze wesentlich intensivere Klimaschutz-Maßnahmen ergreifen werden und dass künftig eine Ignoranz gegenüber den weltweiten Folgen der Klima-Katastrophe und die Missachtung der Rechte der künftigen Generationen nicht nur mit Demonstrationen und bei Wahlen, sondern von nun an auch vor Gerichten erfolgversprechend bekämpft werden kann.



Ulrich Gensch
Justiziar der GRÜNEN
Landtagsfraktion

Verlorene Jahre bringen Markus Söder in Bedrängnis

Von Martin Stümpfig

Das Bundesverfassungsgericht hat am 29. April mit seinem Beschluss bei einigen für große Freude, bei anderen für helles Entsetzen gesorgt. Eilig bemühten sich die Verlierer Altmeier, Scholz und Söder mit blumigen Worten ihre bittere Niederlage zu kaschieren und gelobten – den Wahlkampf und die erstarkten Grünen vor Augen – schnelle (Nach-)Besserung.

Der Beschluss des Verfassungsgerichts hatte es tatsächlich in sich: er hat klar gemacht, dass sich die staatliche Verpflichtung zum Klimaschutz ganz klar aus dem Artikel 20a des Grundgesetzes ergibt und Klimaschutz zwingend die Klimaneutralität zum Ziel haben muss. Um dieses Ziel zu erreichen, ist primär die Menge der noch erlaubten Treibhausgasemissionen wichtig – nicht so sehr der Zeitpunkt, wann die Klimaneutralität erreicht ist. Dieses Budget an noch erlaubten Treibhausgasemissionen ist aber begrenzt und leitet sich wissenschaftlich aus dem Klimaziel des Pariser Abkommens ab. Und dieses begrenzte Budget muss generationengerecht verteilt werden. Denn die Freiheitsrechte werden durch den Klimawandel eingeschränkt werden und darum darf das vorhandene Budget nur schonend aufgezehrt werden.

Dieses Budget ist in der Tat knapp. Für Deutschland sind es nach Berechnung des Sachverständigenrats für Umweltfragen weniger als 4200 Mio. Tonnen CO₂ Äquivalente. Bayern hat 16 % der deutschen Bevölkerung und somit ein Restbudget von gerade einmal 700 Millionen Tonnen. Bisher verbraucht Bayern jährlich 90 bis 100 Mio. Tonnen. Bei einem „Weiter so“ ist das Budget also in sieben Jahren

aufgebraucht und Bayern dürfte keine Treibhausgasemissionen mehr produzieren.

Das klimapolitische Versagen der Herren Seehofer und Söder

Die CSU rühmt sich seit Jahren mit niedrigen CO₂-Emissionen. Diese ergeben sich vor allem aus der seit Jahrzehnten in Bayern laufenden Wasserkraft, aus den (noch laufenden) Atomkraftwerken und weil es schlicht und einfach keine Braunkohle- und Steinkohle mehr gibt in Bayern. Sie verschweigt, dass Bayern seit 2018 Stromimportland ist und diese Stromimporte in den kommenden Jahren massiv zunehmen werden. Die Emissionen aus diesem Importstrom werden aber in Bayern nicht mitgezählt.

Im Vergleich der Bundesländer liegt Bayern nur auf Platz 11: mit einer Reduktion der Treibhausgase (im Vergleich zu 1990) um gerade mal 12 %. Tatsächlich verläuft die Entwicklung in den letzten Jahren vollkommen entgegengesetzt. Allein die energiebedingten CO₂-Emissionen sind – trotz steigender Stromimporte – innerhalb von fünf Jahren von 75 auf 81 Mio. Tonnen gestiegen. Ganz aktuell kommt dazu, dass seit Oktober zwei weitgehend still gestandene Gaskraftwerke in Irsching wieder in den Strommarkt eingetreten sind und alleine dadurch nochmal etwa 2 Mio. Tonnen in diesem Jahr dazukommen werden.

Eine genauere Betrachtung zeigt, dass in Bayern vor allem der Verkehrsbereich der Klimatreiber ist. Hier sind die Emissionen seit 1990 um über 18 % gestiegen. Während sich die eh schon geringen Emissionen im Schienenverkehr halbiert haben, sind die Emissionen im



Straßenverkehr trotz effizienterer Motoren mit 4 % weiter gestiegen. Den Vogel schießt aber der Flugverkehr ab: die Treibhausgasemissionen haben sich seit 1990 vervierfacht!

Und nun, Herr Söder?

Markus Söder hat Bayern nun in eine verzwickte Lage gebracht. Mit einer miesen Klimabilanz als Ausgangsbasis müssen die Anstrengungen nun wegen dem Urteil des BVerfG (aber auch wegen des European Green Deal) angehoben werden. Eine Anhebung des Ziels auf -65 % Treibhausgasreduktion bis 2030 ist wahrscheinlich, im Bund wie in Berlin. Das lässt sich leicht in ein Gesetz schreiben. Die Umsetzung wird deutlich schwieriger. Nachdem Bayern weit hinterherhinkt, ist es höchste Zeit, endlich in Bayern wirklich mal anzupacken.

Doch Söder verkündet nur weit in die Zukunft reichende Ziele und hat schlaue Ratschläge für andere. Aber wenn es um die nächsten Schritte geht, fehlt ihm der Mut. Wann eine tatsächliche Novellierung des noch nicht einmal sechs Monate alten, aber schon renovie-

rungsbedürftigen Klimagesetzes erfolgt, steht in den Sternen (die Bundesregierung brauchte nur zwei Wochen). Dafür verkündet er umso schneller, dass an der 10H-Regelung auf keinen Fall gerüttelt werde.

Was wir jetzt brauchen

Aus meiner Sicht sind jetzt zwei Dinge besonders dringend:

- ein wirksames Bayerisches Klimagesetz, das nicht nur ehrgeizige Ziele formuliert, sondern Verbindlichkeit schafft, für jeden der in Verantwortung steht, egal ob in den Ministerien oder in den Kommunen oder in den Unternehmen,
- ein Sofortprogramm, das mit einfachen Mitteln schnell umgesetzt werden kann und rasch zu einer ersten Senkung der Emissionen in Bayern führt.



Martin Stümpfig
Sprecher für Energie und Klimaschutz
Landtagsabgeordneter

Klimaschutz mit grünem Verkehrswendeministerium!

Von Markus Büchler



Mobilität ist ein wichtiger Teil unseres Lebens. Mobilität bedeutet Freiheit und Teilhabe. Verkehr ist jedoch verantwortlich für rund 20% des klimaschädlichen CO₂-Ausstoßes. Tendenz steigend. Um das Klima zu retten, muss auch Bayern Mobilität schnellstens klimaneutral organisieren.

Die Staatsregierung hat allerdings nicht nur das schlechteste und damit mutmaßlich ebenfalls verfassungswidrige Klimaschutzgesetz aller Bundesländer zu verantworten. Die Staatsregierung versagt darüber hinaus komplett bei der Verkehrswende. Im Landtag erlebe ich die CSU, wie sie für mehr Straßenverkehr arbeitet und die Ausweitung der Bahn und des modernen ÖPNV torpediert. Verkehrsministerin

Kerstin Schreyer hat neulich sogar gesagt, sie lehne die Verkehrswende ab, weil das bedeute, dass man sich vom Auto abwenden müsse! Dies zeigt: Wir brauchen den Politikwechsel gerade in der Verkehrspolitik so dringend! Das Klima braucht uns, braucht Grüne in Regierungsverantwortung! Ab 2023 in Bayern, ab September im Bund!

Was werden wir Grüne besser machen? Ab dem Herbst werden wir, so hoffe ich inständig, aus dem Bundesverkehrsministerium heraus eine menschenfreundliche StVO erlassen, die in unseren Kommunen Verkehrsberuhigung und endlich sichere Fuß- und Radwege ermöglicht. Der riesige Bahn-Ausbau, den wir starten, wird viele Jahre brauchen, bis er gebaut ist. Aber wir werden den Ländern schnell ermöglichen, mehr Nahverkehr auf der Schiene zu bestellen, um Taktlücken zu schließen und das Angebot - auch nachts - zu verbessern und marode Infrastruktur zu sanieren. Und wir werden zumindest für die Bundesstraßen und Autobahnen den Neu- und Ausbau stoppen und die Mittel in Bestandserhalt, Radwege und Schienen lenken. Geschickte steuerliche Maßnahmen werden Umweltkosten einpreisen und eine Lenkung von Straße und Luft zur Schiene bewirken. Soweit meine Hoffnung. Bitte hilf mit, sie Wirklichkeit werden zu lassen. Sei dabei, beim Wahlkampf unseres Lebens! Diesen Herbst wollen wir die Weltrettung starten!



Markus Büchler
Sprecher für Mobilität
Landtagsabgeordneter

Klimaschutz im Landkreis München

Entwicklung von Klimaschutzzahlen

Treibhausgasemissionen	2010	2016	2018
Treibhausgasemissionen pro Einwohner*in	11,5 t	10,4 t	9,7 t
Erneuerbare Energie			
Anteil erneuerbar erzeugter Strom	6,1 %	13,9 %	15,7 %
Anteil erneuerbar erzeugte Heizwärme	10,3 %	13,9 %	15,7 %
Anteil erneuerbar erzeugte Endenergie	5,9 %	10,7 %	11,7 %
Photovoltaik-Energieerzeugung	n/a	68.054 MW	85.324 MW
Verkehr			
Motorisierte Fahrzeuge pro 1000 Einwohner*innen	817	771	836
Anteil alternativer Antriebe	0,13 %	1,1 %	2,1 %
Fahrgastzahlen Regionalbusse	17,9 Mio.	23,3 Mio.	29,3 Mio.

THG-Emissionen pro Einwohner*in 2018 in t/Jahr



1,7 t
Private Haushalte



4,1 t
GHD Industrie



0,2 t
kommunale Einrichtungen



1,4 t
Verkehr (ohne Autobahn)



3,7 t
Gesamtverkehr (mit Autobahn)

Diese und viele weitere Zahlen findet man im Treibhausgasbericht 2020 des Landkreises München: gruenlink.de/23aj

Dach- und Fassadenbegrünung

Von Judith Grimme und Tania Campbell, Kreisrätinnen



- Bindung von Luftschadstoffen
- Lärminderung
- Regenwasserrückhalt und Verdunstung (Dachbegrünung)
- Nachweislich positive psychische und physische Wirkungen
- Partielle Begrünung setzt ästhetischer Reize

Während Bitumendächer im Hochsommer über 70°C heiß werden können, werden begrünte Dächer nur etwa 25°C warm. Darüber hinaus kann Dachbegrünung mit Photovoltaik gekoppelt werden. Dabei nimmt die Effizienz der Anlage wegen der kühlenden Wirkung der Begrünung um bis zu 4% zu. Extensive Dachbegrünung bedarf relativ wenig Pflege und sie ist für eine Dachneigung bis zu 45 Grad geeignet. Das Dach kann außerdem als Biodiversitätsgründach gestaltet werden.

Intensive Dachbegrünung ist unter gegebenen statischen Voraussetzungen möglich und kann als Dachgarten gestaltet werden. Diese Begrünungsform ist allerdings wesentlich pflegeintensiver.

Fassadenbegrünung kann bodengebunden (bis 25 m Höhe) oder fassadengebunden sein. Festsetzungen zu Dach- und Fassadenbegrünungen können nach BauGB und nach Bauordnungsrecht getroffen werden. In Bayern besteht die Möglichkeit, über kommunale Gestaltungssatzungen örtliche Bauvorschriften zur Begrünung von baulichen Anlagen zu erlassen. In dicht besiedelten Teilen des Landkreises München werden Flächen immer knapper und sollten daher sorgsam genutzt werden. Dächer und Fassaden stellen ein riesiges Potenzial zur Schaffung von Grünflächen ohne weiteren Grundflächenverbrauch dar.

Fortschreitender Klimawandel und Artensterben stellen unseren Landkreis vor wachsende Herausforderungen in puncto nachhaltiger Entwicklung. Umfangreiche Forschungsarbeiten und Erfahrungen belegen, dass vor allem Dach- und Fassadenbegrünung hilfreich für Klimaschutz, Klimaanpassung und Artenschutz sind. Sie bieten ohne zusätzlichen Flächenverbrauch:

- Lebensraum für Pflanzen, Insekten und Vögel
- Temperaturregulierung und klimatische Ausgleichsfunktion (Reduzierung des Hitzeinseleffektes)
- Dämm- und Schutzwirkung



Klimaschutz ist Artenschutz!

Silke Levermann, Kreisrätin

Foto: Anna Schmidhuber

Klimaschutz und Artenschutz sind eng miteinander verwoben. Die Klimaabkommen (1992 und 2015) umzusetzen ist notwendig, um viele Lebensräume und ihre Funktionen für die Menschen zu bewahren. Biodiversitätsschutz stärkt die Anpassung an den Klimawandel, mildert die Klimafolgen ab und erhält so Optionen für unsere Zukunft.

Biodiversität ist die Grundlage unserer Existenz: Sie umfasst die genetische Vielfalt, Artenvielfalt und die Vielfalt der ökologischen Systeme. Der Begriff erhielt in den letzten Jahren im Zusammenhang mit einem massiven Artensterben eine traurige Berühmtheit. Wir erleben dies tagtäglich, wenn wir in der Natur unterwegs sind: Wir begegnen immer weniger Insekten. Bienen und Wildbienen finden nach der ersten Blühperiode keine Nahrung mehr. Wie kam es dazu?

Die Ursachen sind bekannt: Pestizide (u.a. Neonics und Glyphosat), intensive Landwirtschaft, Versiegelung der Landschaft, Lichtverschmutzung, aber auch der Vormarsch ge-

bietsfremder Arten vernichten unmittelbar das heimische Ökosystem. Eine mögliche Lösung z.B. in der Landwirtschaft: Rückkehr zur traditionellen (ökologischen) Wirtschaftsweise. Auch Kommunen könnten lokal ihren Beitrag leisten, indem sie die regionale Erzeugung stärken oder ihre Verpachtungspolitik überdenken. Was hat dies mit uns zu tun?

Unsere unmittelbare Umgebung hat oft mehr zu bieten, als es auf den ersten Blick erscheint. Diese gilt es zu entdecken und zu erleben - denn nur was man kennt, kann man schützen! Deshalb haben wir GRÜNE die Aktion Smart.Bienen.Retten! gestartet: Mit der FloraIn-cognita-App entdecken wir bei uns heimische Pflanzen. Wir erleben ihren Lebensraum, wie er sich im Laufe der Jahreszeiten verändert und wie wir diesen pflegen können. Mit diesem Erleben schärfen wir den Blick für den Wert lokaler Lebensräume und können so aktiv die biologische Vielfalt vor unserer Haustür schützen.

Weitere Infos: www.gruene-ml.de/artenvielfalt

Es bewegt sich was – Windkraft in der Region

Von Dr. Oliver Seth, Kreisrat



Dreht sich das Windrad bald oder nicht? Die Windkraft hat im Landkreis in den letzten Wochen ein wahres Auf und Ab erlebt. Der Beschluss des Brunnthaler Gemeinderats zum Ausstieg aus der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Windkraft bedeutet wohl das Aus für eines der geplanten Windräder im Hofoldinger Forst. Aufwind bekamen Windräder in anderen Gemeinden, die Beschlüsse herbeiführten, die Vorbereitungen für Windräder im Hofoldinger und Holzkirchner Forst fortzuführen.

Auch wurde bekannt, dass die dem Bundeswirtschaftsminister Altmaier unterstehende Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (eine technisch-wissenschaftliche

Oberbehörde) jahrelang Infraschallwerte von Windkraftanlagen veröffentlicht hat, die den Schalldruck um mehr als das Tausendfache zu groß angegeben haben. Mit diesen Zahlen wiederum hat die Vereinigung der Windkraftgegner „Vernunftkraft“ deutschlandweit Stimmung gemacht.

Und dann kam der 16. Mai mit der Auszählung des Bürgerentscheids im Landkreis Ebersberg. Ein unglaublich spannender Abend mit dem Ergebnis: Bürger*innen im Landkreis Ebersberg stimmen für den Bau von Windkraftanlagen. Bei einer erfreulich hohen Beteiligung haben sich fast 53% der Bürger*innen im Landkreis Ebersberg für den Bau von fünf Windkraft-



Foto: Andreas Gregor

werken in einem kleinen Teil des Ebersberger Forsts entschieden. Damit kann 20% des Strombedarfs des Landkreises gedeckt werden. Das ist ein Signal für ganz Bayern.

Die zwei Arbeitspferde der Energiewende „Solar“ und „Windkraft“ sind dank technischer Fortschritte preiswert geworden. Große moderne Solar- und Windkraftanlagen können in Bayern den Strom für 4 bis 6 Cent je Kilowattstunde erzeugen. Ein modernes Windkraftwerk in Bayern hilft, wenn es Kohlestrom verdrängt, so viel CO₂ zu vermeiden, wie etwa 1000 Hektar Wald binden. Die Fakten, die uns die Wissenschaft präsentiert, sind schockierend. Aktuell liegen wir in Bayern bei einer Erwärmung

von 1,2 °C. Die völkerrechtliche Vereinbarung von Rio, eine maximale Erwärmung um 1,5 °C, werden wir in diesem Jahrzehnt überschreiten. Kürzlich hat der Bayerische Umweltminister eine Erwärmung um 4,8 °C für Bayern für das Jahr 2100 prognostiziert. Dann ist es bei uns so warm, wie aktuell in Nord-Spanien.

In seinem Buch „Die Triple-Krise“ beschreibt Prof. Josef Settele die Konsequenzen. Die Hälfte aller Käfer, Hummeln, Schmetterlinge, Bienen, Läuse und Käfer werden ihre Habitate verlieren, wenn wir eine Erwärmung von 3,2 °C zum vorindustriellen Temperaturniveau erreichen. Es bleibt keine Zeit mehr. Wir müssen in diesem Jahrzehnt die Kehrtwende hinbekommen.



CHRISTINE SQUARRA

Aying

Wie bist du zu den Grünen gekommen?

2013 wollte ich für den nächsten Gemeinderat kandidieren, doch in Aying gab es keine GRÜNEN und eine andere Partei kam nicht in Frage. Also kamen gleich mehrere Dinge zusammen: Parteieintritt, Ortsverbands-Gründung und Kommunalwahl-Listenaufstellung. So wurde ich ab dem 1. Tag zum aktiven Mitglied und bis heute vertrete ich die Ayinger GRÜNEN als Gemeinderätin.

Was ist dir ein politisches Herzensanliegen?

Die klassischen „Öko“-Themen haben mich schon als junge Frau beschäftigt und daran hat sich wenig geändert. Klimaschutz mit allem, was dazu gehört: Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftswende. Für Aying wünsche ich mir außerdem eine offene Gesellschaft, in der alle Bürger*innen sich wohl fühlen. Dazu gehören seitens der Gemeinde mehr Transparenz, mehr Beteiligung, mehr Engagement für benachteiligte Gruppen und mehr vereinsunabhängige, kulturelle Angebote.

Wer ist für dich ein Vorbild?

Menschen, die ehrlich, zuverlässig und freund-

lich sind. Die nach den Werten, für die sie eintreten, selbst leben und sich dabei nicht über andere erheben.

Was gefällt dir an unserem Landkreis, was nicht?

Ich wohne in der südöstlichsten Gemeinde des Landkreises. Hier ist noch viel Natur, die Landschaft hügelig. Gleichzeitig können meine Kinder mit dem ÖPNV in 45 Min. an der TU oder der LMU sein. In ca. 35 Min. sind wir in der Innenstadt. Diese Mischung mag ich sehr. Doch die meisten Gemeinden im Landkreis sind schon sehr städtisch, wirken eher wie Vororte von München, nicht wie eigenständige Dörfer. Diese Entwicklung sehe ich mit Sorge.

Worüber hast du zuletzt gelacht?

Über einen sehr witzigen Wortwechsel meiner Kinder. Da Corona uns zwangsweise viele Familienabende beschert, machen wir das Beste daraus: meine Tochter (29) kommt oft und zusammen mit meinen Zwillingen (19) bilden wir eine meist sehr lustige Schafkopfrunde. Insgesamt habe ich jedoch das Gefühl, in den letzten eineinhalb Jahren weniger gelacht zu haben als in Vor-Corona-Zeiten.



BERNHARD SCHÜSSLER

Unterschleißheim

Wie bist du zu den Grünen gekommen?

Ich wollte schon immer Mitglied werden. Mit 16 habe ich dann meinen OV angeschrieben und wurde zu einer Ortsversammlung eingeladen. Erst nach 4 Monaten hat meine OV-Sprecherin den Mitgliedsantrag angenommen. Sie wollte sicher gehen, dass ich es ernst meine.

Was ist dir ein politisches Herzensanliegen?

Die Herstellung von Gerechtigkeit in all ihren Facetten. Denn genau davon fehlt es aktuell weltweit. In Brasilien habe ich erlebt, wie Umweltzerstörung und soziale Ungleichheit zusammenhängen und aufgrund meiner Sehbehinderung merke ich, wie viele Menschen von gleichberechtigter Teilhabe an unserer Gesellschaft ausgeschlossen werden. Ich glaube hier liegt der Schlüssel um auch effektiver unsere pluralistische Demokratie gegen Rechts zu verteidigen und eine solidarische EU weiterzuentwickeln. Ich will, dass die Unantastbarkeit der Menschenwürde keine konstitutionelle Utopie mehr ist.

Wer ist für dich ein Vorbild?

Eigentlich alle, die diese Welt zu einem besse-

ren Ort machen wollen, die sich mit dem Status quo nie zufrieden geben und aktiv werden, um Ungerechtigkeiten zu beenden. Seenotretter*innen, Klima-, LGBT- und Menschenrechtsaktivist*innen wie Sonia Guajajara oder Marielle Franco, die in Brasilien gegen die Zerstörung der Umwelt und die Diktatur gekämpft haben. Aber auch Künstler*innen, Musiker*innen, Dichter*innen, die mit wenigen Worten die Herzen der Menschen berühren und Revolutionen anstoßen, bewundere ich. Mein Leben komplett verändert hat aber Jürgen Habermas. Die Menschheit braucht mehr Universalist*innen wie ihn.

Was gefällt dir an unserem Landkreis, was nicht?

Die Vielfalt: Von ländlichem Dorf bis zu dichter Stadt. So vielfältig sind auch die Menschen und die Natur bei uns. Mir missfällt aber, dass zu viel versiegelt wird, zu viele Autos fahren und parken und wir viel zu viele Rechtsextreme im Landkreis haben.

Worüber hast du zuletzt gelacht?

Über mich selbst. Wenn ich mich erst Reden höre ... schrecklich.

Aus dem Landtag

Geld für Klimaschutz anstatt Geld gegen Klimaschutz

Unsere größte Herausforderung werden wir nur meistern, wenn öffentliche Gelder endlich zielgerichtet und nachhaltig eingesetzt werden. Förderprojekte müssen auf den Prüfstand. Was hilft langfristig, was richtet nicht noch mehr Schaden an? Wie helfen wir den Kommunen, Starkwetterereignissen und Hitze standzuhalten und resilient zu bauen? Gerade wurde über die Kosten einer Kühlung über Geothermie für die neue Schule in Unterhaching gestritten – ein typisches Beispiel. Im Bayerischen Landtag hat die Grüne Fraktion im Haushalt die Klimaschutzmilliarde eingeplant, davon 10 Mio. EUR für die Renaturierung der Moore, 25 Mio. um Böden und Trinkwasser zu schützen, 40 Mio. für ökologische Landwirtschaft, 80 Mio. jeweils für den Ausbau von Nahwärmenetzen und Energiesysteme der Zukunft und mindestens 300 Mio. für die Verkehrswende.

Claudia Köhler,
stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen
Landtagsabgeordnete

Aus dem Bezirkstag

Bezirksrät*innen begrüßen Initiativen zum Pflegestützpunkt

Pflegestützpunkte dienen der unabhängigen und neutralen Beratung bei Pflegebedürftigkeit. Gerade die Neutralität ist dabei wichtig, weil die Organisation der eigenen Pflege oder der Pflege von Angehörigen eine sehr persönliche Sache ist, die zudem höchst komplex ist, da sie im Zusammenspiel verschiedener Behörden, Dienstleister und Kostenträger stattfindet.

Als Bezirksrät*innen freuen wir uns sehr, dass es grüne Kommunalpolitiker*innen sind, die nicht lockerlassen, auch für unseren Landkreis einen Pflegestützpunkt zu errichten. Denn die Verwaltung des Landkreises, der neben den Pflege- und Krankenkassen sowie dem Bezirk Oberbayern Träger des Pflegestützpunktes wäre, sperrte sich bislang gegen eine solche Einrichtung.

Dass es Gudrun Hackl-Stoll mit der grünen Kreistagsfraktion im Sozialausschuss mit Unterstützung der CSU nun gelungen ist, die Prüfung der mittelfristigen Schaffung eines Pflegestützpunktes gegen das Votum der Verwaltung durchzusetzen, und

dass die grüne Stadträtin Lissy Meyer zusammen mit der SPD im Unterschleißheimer Stadtrat einen Antrag für die dortige Ansiedlung eines Pflegestützpunktes gestellt hat, ist mehr als erfreulich! Profitieren werden am Ende Bürger*innen des Landkreises, die in einer herausfordernden Lebenslage schnell, wohnortnah und unabhängig Beratung und Hilfe brauchen.

Frauke Schwaiblmair,
Vorsitzende Behindertenbeirat
Landkreis München,
Bezirksrätin

Martin Wagner,
Berichterstatte für
Jugendpflege,
Bezirksrat

Aus dem Kreisverband

April-Kreisversammlung: Kreative Wohnkonzepte

Nach einleitenden Worten durch unsere Landtagsabgeordnete Claudia Köhler stellt Ursula Schneider-Savage ihr Projekt „Wohnen für Hilfe“, sowie Nina Hartmann den Verein „Fairmieten Oberhaching e.V.“ vor. Beide versuchen, einem angespannten Mietmarkt kreative Konzepte und Ideen entgegen-

zustellen. Wohnen für Hilfe ist ein Projekt, in welchem junge Menschen mietfrei bei Senior*innen wohnen können. Statt Miete zu zahlen, leisten die jungen Menschen 1h/qm pro Woche Hilfe im Haushalt. Der Verein Fairmieten Oberhaching e.V. unterstützt Hilfsbedürftige und sozial schwächer gestellte Menschen bei der Wohnungssuche und bietet Vermietern eine Möglichkeit, sicher und unkompliziert Wohnraum zu vermieten.

Leon Matella

Aus dem Kreisverband

Mai-Kreisversammlung: Bürgerbeteiligung

Ramona Wüst aus Garching diskutierte mit Manuel Steinbrenner, Stadtrat in Heidelberg, über Konzepte zur kommunalen Bürgerbeteiligung. Für die Stadt Heidelberg bedeutet Bürgerbeteiligung: Gemeinsam die Stadt weiterentwickeln. Bürgerinnen und Bürger werden frühzeitig in die kommunalen Planungen eingebunden und sind damit wichtige Ideengeber für die Fachverwaltung und für den städtischen Gemeinderat. Damit Bürgerbeteiligung zuverlässig funktioniert, wurden

Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung entwickelt. Diese können auf der Webseite www.heidelberg.de/buergerbeteiligung eingesehen werden.

Leon Matella

Aus dem Kreisverband

Wir sind 700 – und werden immer mehr!

Nicht nur die Umfragewerte, auch die Mitgliederzahlen nehmen stetig zu. Anfang Mai haben wir mit Evelyn Flesch unser 700. Mitglied in unseren Reihen begrüßt. Neben Klimaschutz ist der Garchingerin insbesondere das Thema Gleichstellung ein Herzensan-

liegen. Als Diplom-Ingenieurin für Maschinenbau arbeitet die zweifache Mutter in einer klassischen Männerdomäne. Die Kandidatur von Annalena Baerbock hat einen richtigen Schub neuer Mitglieder gebracht, besonders Frauen sind eingetreten. Dadurch hat sich der Frauenanteil bei den Mitgliedern im Kreisverband nun auf 45,1 Prozent erhöht. Und das Wachstum geht weiter: Die Mitgliederzahlen bewegen sich bereits Richtung 750 und sind eine weitere Verstärkung für einen Wahlkampf um die Führung und für unser Programm mit dem Motto „Alles ist drin“.

Lucia Kott



MELDUNGEN

Aus dem Kreisverband

Herzlich Willkommen



Seit Februar unterstützt Angelika Binder die Geschäftsstelle bei der Adressverwaltung

und Mitgliederbetreuung. Sie möchte sich gerne kurz vorstellen: „Vorweg – es macht mir viel Freude in einem so tollen Team arbeiten zu dürfen! Meine langjährige Erfahrung in einem großen Gesundheitsverband hat mir die Einarbeitung sehr erleichtert und es tut gut, sich für eine gemeinsame Sache zu engagieren und dabei auch etwas zu bewegen. Zu einer bewussten und gesunde Lebensweise gehören eine intakte Umwelt, Nachhaltigkeit und soziales Miteinander. Mein liebstes Hobby ist Radfahren.“

Angelika Binder

stand steckt mit unserem Direktkandidaten Anton Hofreiter mitten in den Vorbereitungen. Lasst uns gemeinsam mit voller Energie und Leidenschaft wahlkämpfen, um stärkste Kraft im Bundestag zu werden. Denn diesmal ist alles drin!

Lucia Kott

Bundestagswahlkampf 2021 Haustürwahlkampf

Die Bundestagswahl steht vor der Tür und wir haben die Chance ein starkes grünes Ergebnis zu erzielen. Dazu ist u.a. geplant, beim Haustürwahlkampf an 500.000 Türen zu klingeln! Geschätzt sichert uns jede 10. bis 14. Tür eine Stimme mehr. Und im Herbst geht es um jede Stimme!

Beim Haustürwahlkampf geht es darum, mit den Menschen im Ort an deren Wohnungstür in Kontakt zu treten (meist im Team). Ziel ist vor allem Emotionen beim

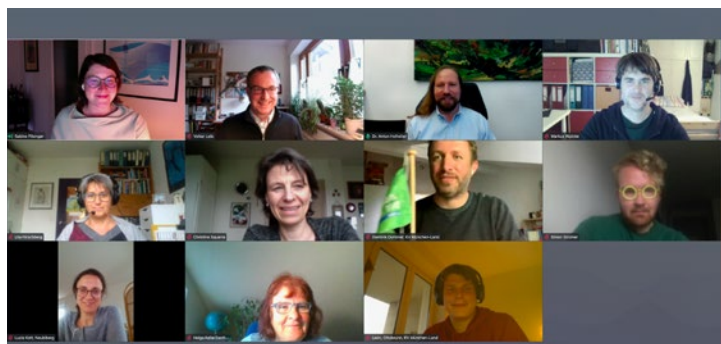
Gegenüber zu wecken und grün-affine Wähler*innen zu mobilisieren und nicht, jemand*in zu überzeugen. Ein kurzer Kontakt und eine prägnante Information reichen. In der Regel macht das viel Spaß! Wir freuen uns, wenn Du Lust hast uns zu unterstützen! Noch wissen wir nicht, ob dieses Jahr Haustürwahlkampf möglich sein wird, aber wir sind schon vorbereitet! Auf jeden Fall werden wir auf Maske und Abstand achten. Sobald es offiziell los geht, werden



Bundestagswahlkampf 2021

Der Wahlkampf kann kommen!

Aus einem Ziel mit Plan entsteht großartiges: Die Vorbereitungen für einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf im Landkreis München laufen auf Hochtouren. Ob Veranstaltungen, Social Media Kampagne, Haustürwahlkampf oder Wahlkampfstände – der Kreisvor-



Vorstandssitzung zur Bundestagswahl mit Toni Hofreiter



wir einen Info-Termin für alle Interessent*innen anbieten. Melde Dich gerne schon mal bei uns an: dominik.dommer@gruene-ml.de

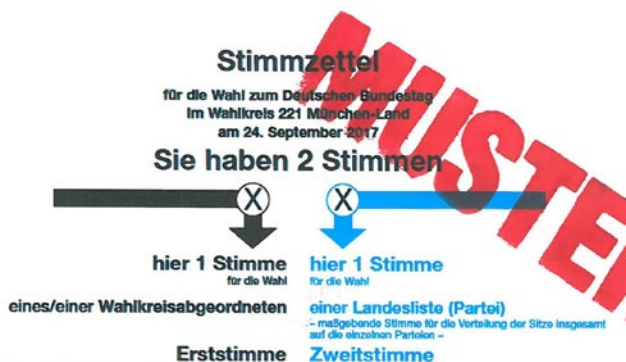
Dominik Dommer,
Lokalkoordinator
Haustürwahlkampf

Aus dem Kreisverband

Mitmachen bei der Mach-Mit-Pinnwand



Wenn Ihr Euch mit anderen GRÜNEN im Landkreis zu verschiedenen Themen und Aktionen vernetzen wollt, schreibt an newsletter@gruene-ml.de und Eure Gesuche erreichen alle Grünen im Landkreis München über unseren zweiwöchigen Newsletter.



Bundestagswahlkampf 2021 Beide Stimmen GRÜN!

Erststimme für Toni Hofreiter, Zweitstimme für starke GRÜNE! Bei der Bundestagswahl hast Du zwei Stimmen. Mit der Erststimme wählst Du eine Person. Bei uns im Landkreis München Toni Hofreiter als grünen Direktkandidaten im „Wahlkreis 221 München-Land“. Wer die meisten Erststimmen bekommt, gewinnt das Direktmandat und zieht in den Bundestag ein. Die Erststimmen der unterlegenen Direktkandidat*innen verfallen.

Mit der Zweitstimme wählst Du die GRÜNEN als Partei. Damit entscheidest Du, wie stark die GRÜNEN im Bundestag werden. Die Zweitstimmen aller Wähler*innen zusammengezählt machen das Wahlergebnis aus. Sie bestimmen die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag. Die Zweitstimmen für die GRÜNEN bestimmen, wie viele grüne Abgeordnete insgesamt in den Bundestag kommen. Deshalb 2021: Beide Stimmen GRÜN!

Volker Leib

Was passiert wann?



In diesem Jahr erwartet uns ein aus verschiedenen Gründen sehr außergewöhnlicher Bundestagswahlkampf: Es geht um so viel wie noch nie, denn das Klima lässt uns keine Zeit mehr. Wir Landkreis-GRÜNE haben

mit unserem Kandidaten Toni Hofreiter erstmals eine realistische Chance auf den Gewinn des Direktmandats im Wahlkreis München-Land. Außerdem wird die große Mehrheit der Wähler*innen ihre Stimme in

diesem Pandemie-Jahr voraussichtlich nicht am letzten Wahltag im Wahlbüro abgeben, sondern per Briefwahl schon in den acht Wochen vor der Wahl. Und aufgrund von zu erwartenden Einschränkungen durch die

15. oder 22. September

Wahlkampfhöhepunkt mit
unserem Direktkandidaten
Toni Hofreiter

18. oder 19. September

Wahlparteitag
des Bundesverbands

September

17. oder 18. September

Wahlkampfaktionen der
Jungen GRÜNEN

24. September

Letzter Tag zur Beantragung
von Wahlscheinen für Briefwahl

26. September

Wahl im Wahllokal und Abgabe
der Briefwahlunterlagen
bis 18.00 Uhr, danach Wahlparty!

Bereit, weil Ihr es seid.

Corona-Pandemie planen wir einen Wahlkampf, der noch viel mehr als sonst online stattfinden wird – und da bist auch DU gefragt. Teile unsere Beiträge auf allen Kanälen und verbreite damit unsere Botschaften:

#Allesistdrin und #BeideStimmenGrün.

Aufgrund dieser Herausforderungen sieht auch unsere Terminplanung für diesen Wahlkampfssommer anders aus als gewohnt. Hier findest Du

eine Auswahl von wichtigen Terminen zur Bundestagswahl.

Simon Stromer

AUS DEN ORTSVERBÄNDEN



Der neue Vorstand (v.l.n.r.): Felicia Kocher, Wahlleiterin Helga Keller-Zenth, Werner Landmann, Anja Kenn, Doris Bernklau, Maximilian Krause, Michael Pöhner, Philipp Bauer (nicht anwesend: Annette Hülsmann).

Garching

Vorstandswahl

Am 21. Mai haben die GRÜNEN in Garching einen neuen Vorstand gewählt! Als Vorsitzende lösen Anja Kenn und Maximilian Krause die Stadträtin Felicia Kocher und Rolf Schlesinger an der Spitze ab. Kassiererin Annette Hülsmann, Schriftführerin Doris Bernklau und die Beisitzer*innen Felicia Kocher, Michael Pöhner, Philipp Bauer und Werner Landmann komplettieren den Vorstand.

Maximilian Krause

Hohenbrunn

Vorstandswahlen

Trotz Pandemie hat sich der OV Hohenbrunn entschlossen, im März die fällige Vorstandswahl durchzuführen - natürlich online und mit nachfolgender Briefwahl-Bestätigung. Seither

haben wir einen Vorstand aus drei neuen und drei alten Mitgliedern, fünf Frauen und einem Mann, die sich inzwischen gut zusammengefunden und eingearbeitet haben und beherzt mit vielen Ideen in den Bundestagswahlkampf starten.

Wolfgang Schmidhuber



Von links nach rechts: Johanna Gebert (Vorsitzende), Wolfgang Schmidhuber (Vorsitzender), Susanne Koblit (Kassierin), Sibylle Pollehn, Felicitas Fried und Ruth Jachertz (Schriftführerin).

SPENDEN

Bundestagswahlkampf 2021 #mitdir ist alles drin: Deine Spende

Mit Annalena Baerbock als Kanzlerkandidatin und Toni Hofreiter als Direktkandidat im Wahlkreis München-Land geht es in diesem Jahr um die Führungsposition in Deutschland und im Landkreis München. Darum wollen wir gemeinsam kämpfen. Du kannst im Wahlkampf mit deiner Zeit und Energie bei Infoständen, beim Haustürwahlkampf oder online mitmachen. Aber als (noch) kleine Partei brauchen wir auch gerade finanziell Deine Unterstützung. Wie kannst Du hier helfen?

Simon Stromer

Wenn Du möchtest, kannst Du Dein „eigenes“ Plakat spenden. In unserem Spenden-tool entscheidest Du selbst, welcher Plakatstandort vor Deiner Haustür (oder auch ganz woanders) im August und September begrünt werden soll.

Hier kannst Du Dein Plakat spenden: plakat.gruene.de



Wir werden in diesem Jahr so viel Geld wie noch nie

in Werbung investieren – vor Ort auf Plakaten wie auch im Internet mit Online-Werbung. Dies ist nötig, um möglichst viele Wähler*innen in diesem Pandemie-Jahr erreichen zu können. Dabei kannst Du helfen, indem Du uns eine Spende für unser Wahlkampfbudget zukommen lässt. Überweise Deine Spende dafür bitte an die unterstehende Bankverbindung mit folgendem Verwendungszweck: „Wahlkampf-BTW21_Dein Name_Deine Anschrift“

Deine Daten benötigen wir, um Dir Anfang nächsten Jahres (ca. März) eine Spendenbescheinigung zusenden zu können.

Bankverbindung:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband München-Land
Kreissparkasse München
IBAN: DE30 7025 0150 0280 4631 75
BIC: BYLADEM1KMS

Weitere Informationen über Spenden:

- Spenden an die GRÜNEN Landkreis München: gruenlink.de/23by
- Grüner Spendenkodex: gruenlink.de/23bw
- Spenden und steuerliche Absetzbarkeit: gruenlink.de/23bx

TERMINE

Für unsere nächsten Termine schau vorbei bei www.gruene-ml.de.

KONTAKT

Unsere Geschäftsführerin Lucia Kott erreichst du unter: gf@gruene-ml.de oder telefonisch unter: 0151-428 268 14

Bankverbindung:

Die Grünen KV München-Land
Kreissparkasse München
IBAN: DE30 7025 0150 0280 4631 75

IMPRESSUM

Der Kreisrundbrief ist die Mitgliederzeitung der Grünen im Landkreis München und erscheint vier Mal im Jahr.

Herausgeber:

Bündnis 90/Die Grünen,
KV München-Land
Der Vorstand
Franziskanerstr. 14
81669 München
gf@gruene-ml.de
www.gruene-ml.de

V.i.S.d.P.: Sabine Pilsinger

Redaktion: Sabine Pilsinger,
Dr. Volker Leib, Lucia Kott,
Markus Wutzke

Gestaltung: Anna Schmidhuber,
Andreas Gregor

Druck:

Uhl Media
klimaneutral gedruckt



Foto: Andreas Gebert

Toni Hofreiter, Direktkandidat im Landkreis München

www.toni-hofreiter.de

[anton.hofreiter](#)

[toni_hofreiter](#)

